Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 60 Pf., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unseres Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 183 — **Montag, den 8. August 1921** — **49. Jahrgang**

Die neuen Steuern.

Die Reichsregierung gibt in einer offiziellen Bekanntmachung die Ergebnisse wieder, die sich in den Steuerberatungen innerhalb des Kabinetts ergeben haben. Von vornherein muß konstatiert werden, daß das Programm sich im allgemeinen ziemlich an die im Verlaufe der Zeit gemachten Andeutungen Dr. Wirths im Reichstage und im Reichswirtschaftsrat hält und alle Steuermöglichkeiten herangezogen hat, die es schlechthin gibt. Man ist, wie der offizielle Bericht am Schluß bemerkt, soweit gekommen, daß man unter Berücksichtigung der gleichzeitigen Besteuerung des Besitzes durch die Länder und Gemeinden dahin gelangt ist, daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung durch indirekte und direkte Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch dem Grundsatz dieser ausgleichenden steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung trägt. Der Schwerpunkt des Steuerprogramms der Regierung liegt unbedingt in der laufenden, aufs äußerste gespannten Vermögensbesteuerung, durch die die so außerordentlich schwer zu lösende Frage der Goldwerte abgelöst werden soll.

15 Steuergesetze.

Die gesamten Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums bestehen aus folgenden Gesetzentwürfen:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes, Erhöhung der Zuckersteuer von 14 auf 100 Mark für 100 Kilogramm.

2. Entwurf eines Süßstoffsteuergesetzes.

3. Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol; Erhöhung der Hektoliter-Einnahme von 800 auf mindestens 4000 Mark, unter gleichzeitiger völliger Vereinfachung des Gesetzes.

4. Entwurf eines Gesetzes betreffend Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern: a) Erhöhung der Leuchtmittelsteuersätze auf das Vierfache; b) Verdoppelung der Zündwaren- und Mineralwassersteuer; c) Erhöhung der Biersteuer auf das Vierfache, unter gleichzeitiger Erweiterung der Spannung zwischen dem höchsten — 50 Mk. — und dem niedrigsten Steuersatz — 41 Mk.; d) Beseitigung der Ermäßigung der Tabaksteuersätze.

5. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung von Zöllen — Erhöhung der Zollsätze für Bananen, Datteln, Kaffee, Tee, Gewürze, Kakao und Schokolade sowie für eine Reihe von Waren, die für den allgemeinen Verbrauch nicht wesentlich sind oder nur dem Luxus dienen.

6. Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Kohlensteuergesetzes. Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 Proz. unter Ermächtigung des Reichsministers der Finanzen, die Steuer vorübergehend auf 25 Proz. zu ermäßigen.

7. Entwurf eines Rennwettgesetzes, Zulassung von Buchmachern.

8. Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einbeziehung der Lastkraftwagen.

9. Entwurf eines Versicherungssteuergesetzes. Der Steuersatz soll für Feuerversicherungen auf unbewegliche Gegenstände 15 Pfennig, auf bewegliche Gegenstände 40 Pfg. für 1000 Mark betragen, Lebensversicherung 4 Prozent der Prämie.

10. Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderung des Umsatzsteuergesetzes. Erhöhte Umsatzsteuer besonders für Luxuswaren mit Zuschlagsrecht der Gemeinden.

11. Die Körperschaftssteuer soll bei der Erwerbsgesellschaft 30 Prozent des gesamten steuerbaren Einkommens betragen.

12. Entwurf eines Kapitalverkehrsteuergesetzes. Hierunter fallen die Gründungen von Gesellschaften, bei denen die Beteiligung auf Kapitaleinlage beschränkt ist, insbesondere die Besteuerung der Aktiengesellschaften mit 7 Prozent, Erhöhung der Sätze für Dividendenpapiere bezw. Aktien, Besteuerung des Devisenhandels und Gewerbeanschaffungssteuer, die gelegt wird auf Erwerb von ganzen Geschäftsunternehmungen und Sondervermögen.

13. Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. Das Reichsnotopfer soll der fortschreitenden Entwertung und der Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, denen es nach seiner Aufnahme nicht Rechnung tragen konnte, angepaßt werden. Der Entwurf schlägt einen sachgemäßen Ausbau des Reichsnotopfergedankens vor, und zwar in der Weise, daß zwar der nach Gesetz über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers bezeichnete Teil erhoben, im übrigen aber an die Stelle des Restbetrages des Reichsnotopfers eine laufende Vermögenssteuer mit einem zeitlich begrenzten Zuschlag treten soll. Hierbei ist in Aussicht genommen, den festen Stichtag aufzuheben und damit alle neu gebildeten Vermögen zu erfassen, die Steuer in Zeitabschnitten von etwa 3 zu 3 Jahren, oder auch in kürzeren Zeitabschnitten zu veranlagen und Wertsteigerungen —und Wertminderungen Rechnung zu tragen, schließlich aber das Vermögen unter anderen wirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten zu bewerten, und damit die schwerempfundene Ungleichmäßigkeit der geltenden Regelung auszugleichen. Die laufende Vermögenssteuer soll von 0,05 bis 1 v. H. aufsteigen und bei nicht physischen Personen 1½ vom Tausend betragen. Hierzu soll auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag treten, der für physische Personen 300 Prozent und für nicht physische Personen 150 Prozent der Vermögenssteuer beträgt. Jede Begünstigung des werdenden Vermögens soll beseitigt und dadurch der Druck auf das Betriebs- und Grundvermögen vermehrt werden. Die Belastung durch die Vermögenssteuer und den Zuschlag wird in vielen Fällen einen Eingriff in die Vermögenshandhabung unvermeidlich machen. Zur Grundlage der Wertermittlung soll grundsätzlich der Gemeinwert wie ihn die Reichsabgabenordnung umschreibt, gemacht werden. Der Wertberechnung sollen feste Durchschnittssätze zugrunde gelegt werden. Das Ziel der Wertungsvorschriften soll und muß sein, die Sachwerte voll und ganz in entsprechender Weise zu Abgaben heranzuziehen.

14. Entwurf eines Vermögens-Zuwachssteuergesetzes. Vermögen, die nicht mehr als 100 000 Mark betragen und ein Zuwachs, der 25 000 Mark nicht übersteigt, sollen von der Steuer frei bleiben. Der Steuersatz soll mit 1 Prozent für die ersten 100 000 Mark beginnen und bei Zuwachsbeträgen über 6 Millionen Mark den Höchstsatz von 10 Prozent erreichen.

15. Entwurf eines Gesetzes über die Abgaben vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Diese Gewinne sollen zur Besteuerung herangezogen werden trotz des Bedenkens, daß hierdurch eine verstärkte Steuer- und Kapitalflucht oder eine sinnlose Verschwendungssucht oder sonstige unproduktive Wirtschaftsführung herbeigeführt werden kann. Es sollen in erster Linie die größten Gewinne, die in direkter oder indirekter Nachwirkung des Krieges gemacht worden sind, zur Steuer herangezogen werden. Dabei muß ebenso wie bei den Kriegsgewinnen von einer Begriffsbestimmung der Nachkriegsgewinne abgesehen werden und die Besteuerung unter Schonung des mäßigen Zuwachses den in der Nachkriegszeit entstandenen Vermögenszuwachs erfassen. Vermögen bis zu 200 000 Mark sollen von der Abgabe freibleiben, ebenso ein Zuwachs von nicht mehr als 100 000 Mark. Die Steuersätze sollen sich zwischen 5 und 30 v. H. bewegen und die Bewertung soll bei den Kapitalsvermögen und dem umlaufenden Betriebskapital nach dem Gemeinwert, das Grundvermögen und das stehende Betriebskapital dagegen nach Wahl des Steuerpflichtigen mit den gemeinen Werte oder mit den Gestehungskosten angesetzt werden.

Am Schluß der Vorlagen heißt es: Ob und wieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen (Zwangshypotheken?) unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.

Die Pariser Woche.

Lloyd George und Lord Curzon mit der gesamten britischen Delegation sowie der japanische Botschafter in London, Baron Nagashi, sind in Paris angekommen. Sie wurden vom Ministerpräsidenten Briand und zahlreichen offiziellen Persönlichkeiten empfangen. Briand war von Lloyd George für gestern abend zu einem Essen eingeladen worden. Die erste Sitzung des Obersten Rates beginnt heute vormittag erst um ½12 Uhr, um dem italienischen Ministerpräsidenten Bonomi zu ermöglichen, an ihr teilzunehmen. — Die französische Delegation beim Obersten Rat setzt sich zusammen aus dem Ministerpräsidenten Briand, dem Minister Loucheur und dem Generalsekretär Berthelot. — Der italienische Minister des Aeußeren, Marquis della Toretta, ist gestern abend in Paris angekommen. Der italienische Ministerpräsident Bonomi wird erst heute kurz vor Beginn der ersten Sitzung des Obersten Rates in Paris eintreffen.

Die alliierten Sachverständigen, die mit der Vorprüfung der oberschlesischen Frage betraut waren, beendeten ihren Bericht an den Obersten Rat, worin das Ergebnis ihrer Arbeiten niedergelegt ist. Der Bericht enthält die Punkte, worüber eine Einigung erzielt wurde, über Punkte, die Meinungsverschiedenheiten ergaben. Der Sachverständigenausschuß überläßt dem Obersten Rat die endgültige Entscheidung über Oberschlesien.

Auf der Tagesordnung der Konferenz

steht außer der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien und der Zuteilung des Abstimmungsgebietes die Frage der Zwangsmaßnahme am Rhein, die Aburteilung der Kriegsbeschuldigten, die Frage der Herstellung von Luftschiffmaterial für den Verkehr in Deutschland, die Orientfrage, die Frage einer Hilfe für Rußland und jedenfalls auch die finanzielle Lage Oesterreichs. Als Dauer der Konferenz sind 8—10 Tage vorgesehen.

Der „Temps" weist in seinem gestrigen Leitartikel darauf hin, daß jetzt in Paris eine Woche beginne, die über die Zukunft entscheiden werde. Dem Ernst des Augenblickes könne niemand entgehen. Die alliierten Regierungen hätten sich darüber Rechenschaft abzugeben, daß die Zukunft der französisch-englischen Einigkeit und die Zukunft des europäischen Friedens auf dem Spiel stehen. Bevor man über die Teilung Oberschlesiens berate, könne sich der Oberste Rat über die Entsendung von Truppenverstärkungen aussprechen.

Ein neuer Knebelungsplan.

Pertinax teilt im „Echo de Paris" mit: Marschall Foch und die Militärkommission in Versailles hätten einen Plan ausgearbeitet, um Deutschland zu verhindern, Handelsluftschiffmaterial in Kriegsflugzeuge umzuwandeln und um einen Kontrollorganismus zu schaffen, der nach Beendigung der Tätigkeit der jetzigen Entwaffnungskommission aufrechterhalten werden soll. Vor zwei Monaten weigerte sich die englische Regierung, diesem Plan ihre Zustimmung zu geben und erklärte, nach Artikel 213 des Friedensvertrages sei der Völkerbundsrat allein berechtigt, die Ueberwachung auszuüben. Auch die Botschafterkonferenz konnte den Konflikt nicht lösen. Die Angelegenheit wurde an den Obersten Rat weitergegeben.

Die russische Mobilisierung 1914.

In der Wochenschrift „Le Progres civique" ist ein Abdruck der Rede erschienen, die der Senator d'Estournelles de Constantin in Epinal bei der Enthüllung des Denkmals für Jaures gehalten hat. Ein Abschnitt der Ansprache war sehr bemerkenswert. Baron d'Estournelles sprach von den Ursachen des Weltkrieges, und was er sagte, stimmt keineswegs mit den Theorien der französischen Nationalisten zusammen, die Deutschland allein die Lasten der Schuld aufbürden wollen. Die betreffende Stelle lautet: Wir wollen nicht daran verzweifeln, daß einmal die volle Wahrheit leuchten wird. Trotz einer Sintflut halboffiziöser Schriften, trotz aller Reden, bei denen nicht immer an das Sprichwort gedacht wird: „Wer sich entschuldigt, klagt sich an!", trotz allen Bemühungen, uns die Schädel zu vernageln, fängt unsere eigene Diplomatie allmählich an, uns ein Licht aufzustecken. Ein Beobachter hat aus seinem Tagebuch in der „Revue des deux Mondes" einiges veröffentlicht. Er erzählt uns, was in Petersburg geschehen, gerade zu jener Zeit, als Jaures die französische Regierung anflehte, ihre Tradition nicht zu verleugnen und ihre Unabhängigkeit nicht zugunsten der russischen Militärpartei aufzugeben. Damals erhob Jaures seine warnende Stimme. Er sah so klar, als ob er nicht in Paris, sondern in Petersburg, Berlin oder Wien gelebt hätte. Das Tagebuch gibt den Beweis; denn es verzeichnet mit Realismus ein packendes Bild von Personen, die in diesem Spiel mitwirkten. Es zeigt uns die Kriegspartei in Rußland im Kampfe gegen den Willen des Zaren. Es erzählt uns von der Mobilisation in Rußland, die nicht nur eine teilweise Mobilisation war, sondern eine allgemeine, im Widerspruch zu allen offiziellen Erklärungen. Es schildert die berühmten Großfürstinnen, die Töchter des Königs von Montenegro, die ganz außer sich vor Freude waren, weil sie wußten, daß der Krieg bevorstand. Auch die Großfürsten treten auf, die eben aus Paris zurückgekehrt sind und — wie ich hoffen will, gegen den Wunsch der französischen Diplomatie? — das Spiel der Kriegspartei in Berlin förderten. Noch ist der Tag nicht erschienen, an dem gesagt werden darf, wie klar Jaures diese Lage erkannt hat. Nicht die Rücksicht auf andere veranlaßt uns heute, noch zu schweigen, sondern das Bewußtsein, daß durch die kaum erst beendete Katastrophe unsere öffentliche Meinung noch zu verstört und zu demoralisiert ist; sie ist von offiziellen Lügen so irregeführt, daß sie das Licht nicht zu ertragen, die Wahrheit nicht zu begreifen vermag. Sie vermag erst das alles zu begreifen und zu glauben, wenn Reue oder Gewissen oder auch nur ganz gewöhnliche Eitelkeit alle dazu gebracht haben werden, zu sprechen."

Lenin reist nach England.

Die Cholera-Epidemie in Rußland hat sich weiterer sechs Gouvernements bemächtigt. Im ganzen herrscht nun in 21 Gouvernements die Cholera. Nach den Mitteilungen der Sowjetregierung erkrankten in den Monaten Mai und Juni 150000 Menschen an der Cholera, davon allein 52000 Kinder. Diese Zahl umfaßt aber nur die Städte Zentral-Rußlands. Die Moskauer Regierung hat die drakonischsten Maßnahmen angeordnet, um eine Verschleppung der Cholera in die noch seuchenfreien Gebiete zu verhindern. In allen choleraverseuchten Gebieten wurde der freie Verkehr verboten. Die Regierungen der baltischen Staaten haben gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung der Verschleppung der Seuche verabredet und die Errichtung eines Zentral-Bureaus mit sanitären Sachverständigen beschlossen. Es sollen ferner alle europäischen Staaten aufgefordert werden, finanzielle Mittel für die Errichtung von Quarantäne-Stationen längs der russischen Grenze beizusteuern. Nach Meldungen aus Moskau soll Lenin sich auf dringenden ärztlichen Rat entschlossen haben, zur Erholung nach England zu gehen; die Reise werde aber gleichzeitig zu politischen Zwecken ausgenützt werden. Die Abreise erfolge zwischen dem 15. und 20. August. Lenin werde sich zunächst eine Woche in London aufhalten und von dort aus nach Schottland gehen. England soll der Reise keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Nach einer Meldung aus Genf hat das internationale Komitee des Roten Kreuzes an die verschiedenen Regierungen, an die Liga der Nationen und an alle philantropischen Institute Europas und Amerikas eine telegraphische Einladung zu einer internationalen Konferenz erlassen, die am 15. August in Genf stattfinden wird, um eine internationale Hilfsaktion für Rußland zu organisieren.

Der Mörder doch ein Pole.

Wie das Tageblatt aus Kattowitz meldet, ergab die von deutscher Seite angestellte Untersuchung, daß es sich bei dem als Mörder des Majors Montalegre verhafteten Jojchte um einen polnisch gesinnten Oberschlesier handelt, der längere Zeit in polnischen Diensten gestanden hat.

Englands Zwist mit Angora.

Die Londoner Blätter erklären mit Bezug auf die Haltung Englands gegenüber den türkischen Nationalisten, daß in den letzten Tagen sehr ungünstige Berichte über die Haltung der Regierung von Angora eingetroffen seien. Die Griechen würden systematisch ausgewiesen, besonders in den Distrikten zwischen Samsun und Trapezunt. Man hält dies für ein Anzeichen dafür, daß die Extremisten in Angora die Oberhand gewonnen haben. In offiziellen Londoner Kreisen verlautet, daß bei einer Weiterentwicklung der Dinge in dieser Richtung die britische Regierung sich gezwungen sehen würde, auch ihre Haltung zu ändern, namentlich wenn von seiten der Kriegführenden einmal ihre Vermittlung angerufen werde. Auch von einer Herausgabe der britischen Gefangenen sei noch immer keine Rede, obwohl England die türkischen Gefangenen längst freigegeben habe. Einige britische Offiziere säßen schon 1½ Jahre in Angora im Gefängnis. (In Wirklichkeit werden die Engländer nicht freigelassen, weil die türkischen Gefangenen auf Malta seiner Zeit gegen die Abmachung zum Teil nicht freigelassen worden sind, da sie angeblich wegen verschiedener Straftaten noch von den Zivilgerichten abgeurteilt werden müßten.)

Die Herren am Rhein.

Eine neue Scheußlichkeit farbiger französischer Soldaten findet ihre amtliche Bestätigung. Im vergangenen Monat wurde in Friemersheim bei Moers nachmittags um 3½ Uhr die 15jährige Tochter eines Fabrikarbeiters von drei schwarzen französischen Kolonialsoldaten überfallen. Das Mädchen, das zuerst entfliehen konnte, wurde von den Wüstlingen eingeholt und war bereits von einem vergewaltigt, als mehrere belgische Soldaten erschienen, die die Hilferufe des unglücklichen Kindes gehört hatten und es von den Wüstlingen befreiten. Leider konnten die Täter entkommen. Jedoch ist zu erwarten, daß mit Hilfe der belgischen Soldaten, die ihre Namen angaben und erklärten, die Täter bei Gegenüberstellung wiedererkennen zu können, die Farbigen festgestellt werden.

Ein Gewährsmann, der einige Tage in Kehl geweilt hat, berichtet der „D. T.": Die Franzosen fahren fort, für die Offiziere der Besatzungstruppen ganze Häuser zu beschlagnahmen und die Besitzer rundweg auf die Straße zu setzen. Hauptsächlich die neuerbauten Landhäuser am Rhein sind der Beschlagnahme ausgesetzt. Darunter befinden sich Villen von Kehler Industriellen, die zahlreiche Arbeiter beschäftigen. Bei der herrschenden Wohnungsnot besteht die Gefahr, daß diese Arbeitgeber gezwungen werden, mangels passender Unterkunft Kehl zu verlassen, ihre Betriebe zu schließen und die Arbeiter zu entlassen.

An den Unrichtigen gekommen.

Stegerwalds Tageszeitung „Der Deutsche" teilt folgenden belustigenden Vorfall mit: Auf der Rheinpromenade in Düsseldorf ging neulich ein großer blonder Herr mit zwei Damen spazieren, als ein entgegenkommender französischer Offizier sich ostentativ zwischen den Herrn und den Damen durchdrängte. Bei einem zweiten Begegnen stammte der Franzose wiederum die Hände in die Hüften und zwang die Damen erneut, beiseite zu treten. Als sich der Vorgang ein drittes Mal wiederholte, rief der Herr dem Franzosen zu: „Es ist nicht üblich, Damen auf der Promenade zu belästigen." Der Franzose drehte sich um, schlug den Herrn mit der Peitsche ins Gesicht und überschwemmte ihn gleichzeitig mit einer Flut französischer Redensarten. Der blonde Herr warf ihn darauf augenblicklich durch einen Jiu-Jitsu-Schlag zu Boden mit den Worten: „Sie sind in Deutschland, sprechen Sie deutsch!" Der Franzose suchte sich zu wehren, wurde aber wieder von dem Begleiter der Damen niedergeboxt. Schließlich kamen dem Offizier einige seiner Kameraden zu Hilfe, die nun von dem blonden Herrn verlangten, daß er sich legitimieren und ihnen folgen sollte. Dieser lehnte ihr Ansinnen jedoch in schroffster Form ab. Nach längerem Verhandeln erklärte er sich bereit, seine Papiere vorzuzeigen, jedoch unter der Bedingung, daß sich die Franzosen ebenfalls ausweisen. Diese waren wenig angenehm überrascht, als sich herausstellte, daß der so vorzüglich deutschsprechende blonde Herr durchaus kein „Sale-boche", sondern — der Attaché des amerikanischen Präsidenten war.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 8. Aug. (Verschiedenes.) Seitens der Polizei-Verwaltung wird hiermit auf **das Verbot des Badens in der Ruhr**, besonders in der Nähe der Hohensyburg-Fähre (am Fuße der Hohensyburg) hingewiesen. Abgesehen von dem bestehenden polizeilichen Verbot, ist das Baden in der offenen Ruhr mit großer Lebensgefahr verbunden; im Sommer vorigen Jahres sind beim Baden an der genannten Stelle verschiedene Todesfälle durch Ertrinken vorgekommen.

(Lehrgang für Volkstänze.) Das Kreisamt für Wohlfahrtspflege Hamm beabsichtigt in der Zeit vom 13.—16. September d. Js., nachmittags von 5½—8 Uhr, in Kamen in der Turnhalle des Turnvereins, Jahnstraße 1, bezw. auf dem angrenzenden Hofe einen Jugendpflege-Lehrgang für edle Volkstänze zu veranstalten. Die Teilnahme am Lehrgang ist kostenlos, muß jedoch auf 60 Teilnehmer bezw. Teilnehmerinnen beschränkt werden. Außer Jugendhelfern und -helferinnen können auch Jugendliche selbst im Alter von 17 Jahren an teilnehmen. Es handelt sich fast ausschließlich um praktische Uebungen (etwa 16 verschiedene Tänze) unter Leitung von Fräulein Czelustek und Mitwirkung von Fräulein Lehrerin Lüdemann aus Dortmund. Geeignete Meldungen zur Teilnahme an dem bezeichneten Lehrgang sind dem Stadtwohlfahrtsamt hier, Rathaus, Zimmer 1, bis zum 22. August zu erstatten. Wir bemerken noch, daß ein derartiger Lehrgang vor kurzem in Dortmund im größeren Stile abgehalten worden ist und ganz außergewöhnlichen Beifall gefunden hat. Mit der Veranstaltung des in Kamen geplanten Lehrgangs wird mehrfach geäußerten Wünschen entsprochen und erhoffen wir schon jetzt eine reiche Beteiligung und guten Erfolg. Im Anschluß an den Kursus will der Ortsausschuß für Jugendpflege hier eine kleine Veranstaltung stattfinden lassen, in der die Kursusteilnehmer Proben ihrer erlangten Fertigkeit abgeben werden. Auch musikalische Einlagen pp. werden nicht fehlen. Nähere Bekanntmachung der Stadtverwaltung folgt.

Zur Brotpreiserhöhung wird durch das W. T.-B. geschrieben: An die Reichsregierung wurde in letzter Zeit wiederholt das Ersuchen gerichtet, Schritte zu tun zwecks Ausgleichs der durch die Brotpreiserhöhung eintretenden Lebenshaltungsverteuerung. Das Verlangen ist verfrüht. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich mit der Frage befaßt und sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß eine solche Verteuerung der Lebenshaltungskosten durch Lohnerhöhung ausgeglichen werden muß. Sie hat die einzelnen Arbeitsgemeinschaften um weitere Behandlung der Frage ersucht. Es besteht also noch kein Grund zum Eingreifen der Regierung.

(Landwirtschaftlicher Ertragswert beim Reichsnotopfer.) Auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins am 19. Juli wurde von einem Mitgliede noch folgende Resolution eingebracht, die vom Vorstand an die maßgeblichen Stellen weitergegeben worden ist: „Nach dem Erlaß des Reichsfinanzministers an die Finanzämter vom 1. Juni 1921 sollen, um sicherzustellen, daß der nachhaltige Reinertrag des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, dessen Bewertung beim Reichsnotopfer zugrunde gelegt wird, die in den Wirtschaftsjahren 1912/13 bis 1919/20 erzielten Reinerträge in die Ertragsberechnung mit hineinbezogen werden. Die heutige Generalversammlung des Westf. Bauernvereins hält diese Maßnahme mit den Absichten des Reichsnotopfergesetzes für unvereinbar und ersucht ihren Vereinsvorstand, bei den zuständigen Stellen mit allen Kräften dahin wirken zu wollen, daß für die Anzahl der Wirtschaftsjahre die bewährten Bestimmungen der Gesetzgebung über die Ablösung der Reallasten, insbesondere des Preußischen Gesetzes vom 2. März 1850 zur Anwendung gebracht werden.

Der Verband der Kommunalbeamten und Angestellten hielt vom 28. bis 31. Juli in Barmen seinen 22. Verbandstag ab. Einen breiten Raum nahm, wie uns mitgeteilt wird, die Dauerangestelltenfrage in Anspruch. Die Auffassung des Verbandes wurde in einer Entschließung niedergelegt, in der es heißt: Die Dauerangestellten bei den preußischen Kommunalverwaltungen gehören ungetrennbar zu den Kommunalbeamten. Der Verband fordert, daß, solange es in Stellen, die der Befriedigung eines dauernden Bedürfnisses dienen, noch Dauerangestellte gibt, die spätestens nach 5jähriger einwandfreier Tätigkeit und vollendetem 25. Lebensjahre die Beamteneigenschaften erhalten und nach 10jähriger Dienstzeit als Beamter auf Lebenszeit angestellt werden. Einem Antrag auf Bildung von Fachgruppen wurde zugestimmt. Weiter fordert der Verbandstag in einer Entschließung die schleunige Schaffung eines Beamtenrechts, das auf sozialem Gedanken aufgebaut sei und bei dem die gewerkschaftlichen Beamtenorganisationen zur Mitarbeit Gelegenheit erhalten. Den vom deutschen Beamtenbund aufgestellten Entwurf eines Beamtenvertretungsgesetzes (Beamtenrätegesetz) begrüßt der Verbandstag mit Genugtuung und drückt in einer Entschließung aus, daß an der Forderung des Mitbestimmungsrechtes unter allen Umständen festgehalten werden soll. Dem Widerspruch des deutschen Beamtenbundes gegen den Entwurf des Pensionskürzungsgesetzes schließt der Verband sich an. Bei der Besprechung der Besoldungsfrage wurde eine Umänderung der Zahl der Gehaltsgruppen, eine wesentliche Erhöhung der Grundgehälter, Revisionen der Amtsbezirke, Festsetzung des Besoldungsdienstalters, Erhöhung der Kinderbeihilfe, Gewährung einer Beihilfe der Unterhaltungsberechtigten, wesentliche Erhöhung der Teuerungszulage und Zahlung einer außerordentlichen Wirtschaftsbeihilfe gefordert.

(Rheinisch-Westfälischer Mietertag.) Der Provinzialverband rheinisch-westfälischer Mietervereine hielt am Sonntag in Buer einen Vertretertag ab. Aus dem vom Vorsitzenden, Sozialsekretär Schneiders (Essen) erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Provinzialverband zurzeit 119 Vereine mit rund 150 000 Mitgliedern zählt. Der Provinzialverband ist dem Bunde deutscher Mietervereine angeschlossen. Der Geschäftsbericht ließ eine gewaltige Anschwellung der politisch neutralen Mieterbewegung erkennen. Anschließend an den Vertretertag fand eine große öffentliche Mieterkundgebung statt, in der Syndikus Dr. Maier (Wiesbaden) über die „Forderungen der Mieter" an die „Gesetzgebung" sprach. Im Anschluß daran wurden Entschließungen, die sich gegen das Reichsmietengesetz und gegen die freie Wirtschaft für gewerbliche Räume wenden und die Erweiterung der Rechte der Mieteinigungsämter verlangen, angenommen.

Am 6. und 7. August findet auf dem „Alten Stamm" bei Wetter das 36. Rheinisch-Westfälische **Volksturnen** statt. Der Fünfkampf beginnt am 7. August um 9 Uhr, die Sonderwettkämpfe um 2 Uhr.

(Niederrheinische Messe in Wesel.) In der Zeit vom 17. bis 21. August findet in Wesel eine von der Stadt Wesel und der Niederrheinischen Handelskammer (Zweigstelle Wesel) veranstaltete Mustermesse statt, die aus allen Teilen des Reiches beschickt, eine gewaltige Musterschau des Großhandels und der Industrie zu werden verspricht. In Holland ist der Gedanke einer Grenzmesse zur Erleichterung und Belebung der deutsch-holländischen Handelsbeziehungen lebhaft begrüßt worden. Die Wesel'er Messe wird zum ersten Male die Vertreter der holländischen Handelswelt in einer deutschen Stadt vereinigen, um mit den Vertretern des deutschen Großhandels und der deutschen Industrie in unmittelbare Geschäftsverbindung zu treten. Aber auch auf den innerdeutschen Markt wird die Niederrheinische Messe außerordentlich befruchtend und anregend einwirken. Dem Besucher entwickelt sich hier auf gedrängtem Raume ein gewaltiges Bild deutscher Arbeit und Leistungskraft. Die Stadt hat alle Vorbereitungen getroffen, um den zu erwartenden Massenandrang der Besucher zu bewältigen.

(Der Aushang von Plakaten ist genehmigungspflichtig.) Der § 10 des preußischen Preßgesetzes ist immer noch in Kraft und daher der Aushang von Plakaten genehmigungspflichtig. Genannter Paragraph lautet: „Niemand darf auf öffentlichen Wegen, Straßen oder an anderen öffentlichen Orten Druckschaften oder andere Schriften oder Bildwerke ausrufen, verkaufen, anheften oder anschlagen, ohne daß er dazu die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde erlangt hat und ohne daß er den Erlaubnisschein, in welchem sein Name ausgedrückt sein muß, bei sich führt. Die Erlaubnis kann jederzeit zurückgenommen werden. Wer dem Vorstehenden zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bis zu 6 Wochen bestraft." Es wird die höchste Zeit, daß die Ortsbehörde in dieser Beziehung Wandel schafft und den Zettel-Ankiebern der Zirkus- und Theatergesellschaften usw. das Handwerk legt. Einen einfach schauderhaften Anblick bieten einzelne Masten der elektrischen Leitung, die jetzt anscheinend als Ersatz für Plakatsäulen dienen sollen. Wie einzelne Häuserfronten, auch solche, denen eben der Anstreicher ein frisches Aussehen gegeben hat, mit ihrer Plakat-Auflage wirken, davon kann sich ein jeder überzeugen. Die Polizei sollte die Genehmigung zur Schaustellung usw. sofort zurückziehen, wenn Häuserfronten und Säulen pp. beklebt werden. Hier liegt auch ein Gebiet für den Verkehrs-Verein, der doch gleichzeitig auch Verschönerungs-Verein sein will.

Fröndenberg, 6. Aug. (Für 40 000 Mark Stoffe gestohlen.) Bei dem Schneidermeister Gustav Henseler wurde ein Einbruchsdiebstahl verübt und Anzugstoffe im Werte von zirka 40 000 Mark gestohlen.

(s) **Kabel, 6. Aug. Ein räuberischer Ueberfall** wurde Mittwoch nacht auf das hiesige Postamt verübt. Drei Personen hatten sich durch ein Abortfenster Eingang in das Gebäude verschafft und sind in die Diensträume eingedrungen. Der eiserne Geldschrank wurde mit Dynamit gesprengt; doch wurden nur die äußeren Türen beschädigt, während die Tresors selbst den Versuchen der Räuber Widerstand geleistet haben. Durch die Explosion wurden die Hausbewohner geweckt, worauf die Räuber schleunigst die Flucht ergriffen und in der Richtung nach Westhofen leider unerkannt entkommen sind.

! Iserlohn, 6. Aug. Für 360 000 Mark Schieberkohle haben hier, wie der Kreisanzeiger zu berichten weiß, in den letzten Tagen zwei nach hier entsandte Essener Kriminalbeamte beschlagnahmt. Dem wilden Händlertum, das den ehrlichen Handel empfindlich schädigt, ist damit ein schwerer Schlag versetzt worden. Iserlohn gilt seit längerer Zeit als Durchgangs- und Absatzstätte von Schieberkohle.

(t) **Arnsberg, 6. Aug. (Im Walde verirrt und verhungert.)** Die seit voriger Woche vermißte 73jährige Frau Hoffschulte wurde im hiesigen Stadtwalde als Leiche aufgefunden. Die ganz kindisch gewordene Frau hatte sich im Walde verirrt und ist wahrscheinlich dem Hungertode zum Opfer gefallen.

(t) **Brilon, 6. Aug.** Großes Aufsehen in den Kreisen der gesamten Bevölkerung macht, wie die „Trem." meldet, die am Sonnabend mittag erfolgte Verhaftung des Gewerkschaftssekretärs des christl. Metallarbeiterverbandes und Stadtverordneten Johannes Mertens von hier. Demselben werden mehrere strafbare Fälle gegen das keimende Leben zur Last gelegt. Man spricht in der Stadt gerüchtweise von 14—16 Fällen, die teilweise schon jahrelang zurückliegen sollen. Mehrere an der Sache beteiligte Mädchen und Frauen sollen schon ein umfassendes Geständnis abgelegt haben. Der Verhaftete befindet sich zurzeit im hiesigen Gerichtsgefängnis.

! **Hagen, 6. Aug. (Beim Baden ertrunken.)** Als am Montag abend gegen 8 Uhr mehrere junge Leute bei der Einmündung der Volme in die Ruhr im Stadtteil Eckesey badeten, versank ein 17jähriger Arbeiter aus der Neuen Kurzestraße plötzlich in den gerade hier sehr tiefen Fluten, ohne daß seine Kameraden ihn zu retten vermochten. Bis jetzt hat die Leiche noch nicht geborgen werden können. Diese äußerst gefährliche Stelle fordert alle Jahre ihre Opfer und trotzdem wird sie von vielen Badenden immer wieder aufgesucht.

(bu) **Buer, 5. Aug. (Tödlicher Sturz eines Schupobeamten vom Pferde.)** Am Samstag nachmittag stürzte der Hauptwachtmeister Gristke von der hiesigen Schupo im Westerholter Walde vom Pferde. Er zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er ins St. Marienhospital übergeführt werden mußte. In der Nacht zum Montag ist er dort an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben.

(g) **Warendorf, 6. Juli. (Rennpferd gestohlen.)** In der Sonntagnacht wurde das Rennpferd Lore des Gutsbesitzers Meyer-Stapelage, das beim Rennen am Nachmittag noch den ersten Preis aus dem Kanonenburg-Jagdrennen geholt hatte, gestohlen. Alle Nachforschungen sind bisher ergebnislos verlaufen.

(M) **Siegen, 2. Aug. Ein seltsames Naturereignis** konnte dieser Tage in der Nachbarschaft Siegens eine Landwirtsfamilie beobachten. Die betr. Familie war mit dem Schneiden des Roggens beschäftigt und setzte sich nachmittags gegen 4 Uhr zur Erde, um Kaffee zu trinken. Dabei wurden die Schnitter auf einmal durch einen sich wiederholenden Laut darauf aufmerksam, daß in der Nähe etwas los sein müßte. Beim näheren Zusehen bemerkte der Landwirt dann in seinem Kornfeld ein Feldhühnernest mit etwa 9 Eiern; neben dem Nest saß ein Kücken, das gerade aus dem Ei geschlüpft war und die erwähnten Laute von sich gab. Die Alten waren nicht zu sehen. Und nun geschah das Wunderbare: vor den Augen der Schnitter entschlüpften in Zeit von einer halben Stunde den Eiern die Jungen, ein Schauspiel, das wohl selten jemand erlebt haben dürfte. An der Stelle, wo das Nest war, wurde der Roggen stehen gelassen, und am Abend konnte man bemerken, daß die Alten sich ihrer Jungen liebevoll annahmen und die nach allen Richtungen zerstreuten Tierchen wieder sammelten.

(E) **Essen, 5. Aug. (Die Mietszuschläge.)** Die Stadt Essen hatte die Heraufsetzung der Mietszuschläge auf 90 Prozent für Wohnräume und 105 Prozent für gewerblich benutzte Räume beantragt. In dem jetzt eingegangenen Bescheid des Wohlfahrtsministers heißt es: Ich erkläre mich unter der Bedingung mit 75 Prozent für Wohnräume und 100 Prozent für gewerblich benutzte Räume einverstanden, wenn in der diesbezüglichen Bekanntmachung zum Ausdruck gebracht wird, daß die laufenden Reparaturen damit abgegolten sind und Nebenabgaben nicht erhoben werden dürfen. Einer Abänderung der jetzt genehmigten Prozentsätze bin ich erst dann näherzutreten bereit, wenn von einer großen Anzahl von Häusern aller sozialen Schichten die Höhe der gestiegenen Lasten, ausgedrückt in Prozentsätzen, der Miete nachgewiesen ist unter Zugrundelegung des veranlagten Friedenswertes

Jede Dame liebt

ein rosiges, jugendfrisches Antlitz und einen zarten, blendend schönen Teint. Alles dies erzeugt die echte

Steckenpferd-Seife

beste Lilienmilchseife v. Bergmann & Co., Radebeul.

Gesprengte Fesseln

Roman von Hans Schulze.

(Nachdruck verboten.)

45. Fortsetzung.

Da wandte Georg, von dem Geräusch der Schritte berührt, langsam den Kopf und umfaßte die Erscheinung des Vaters ohne Ueberraschung, ohne Erschrecken mit einem starren, leeren Blicke.

Dann schob er mit plötzlichem Entschlusse den Revolver wieder in den Rock und warf sich nun über dem Gesicht gekreuzten Armen aufschluchzend in einen Stuhl.

Mit angstvoller Spannung folgte die Mutter einer jeden seiner Bewegungen; sie wollte sprechen, doch kein Laut kam über ihre Lippen — sie glich in diesem Augenblick einer Gelähmten, deren Bett in Flammen steht, die sich hilflos dem entsetzlichsten Tode durch die immer näher züngelnde Flackerlohe preisgegeben sieht.

Ein wohltätiger Nebel senkte sich auf einmal über das Bewußtsein der unglücklichen Frau.

Sie fühlte nur noch, wie sie von zwei starken Armen aufgehoben und im anstoßenden Zimmer auf eine Chaiselongue gebettet wurde.

Das liebe, vertraute Gesicht des Barons von Knauff beugte sich zu ihr herab, dann wob auf einmal ein nachtschwarzes Dunkel um sie her; ihr schwanden die Sinne. — — —

„Georg!"

Der Graf war an den Tisch getreten und rührte mit der Hand an die Schulter des Stiefsohnes.

„Ich habe mit dir zu reden!"

„Du verwechselst die Rollen, Vater!" klang es dumpf zurück. „Nicht du hast mit mir, ich habe mit dir zu sprechen, wenn ich mich auch fast am Ende meiner Kräfte fühle: Du mußt mir noch heute Antwort stehen, ich hab's mir zugeschworen, noch ehe diese Nacht zu Ende geht, von dir Rechenschaft zu fordern!"

„Laß nur, Onkel!" wehrte er dem Baron Knauff, der begütigend zwischen die beiden Männer treten wollte. „Das muß erst klar werden zwischen uns beiden, da soll sich kein Dritter einmischen, auch du nicht; das geht nur uns beide an: Willst du bleiben, so bleib als Zeuge dessen, was ich mit diesem Manne abzumachen habe!"

Er hatte sich mit mühsam gewahrter Fassung langsam in die Höhe gerichtet und fuhr mit dem Taschentuch über die glänzende Stirn; ein Zug düsterer Entschlossenheit erschien auf seinem Gesicht und verlieh ihm einen so fremden, fast wilden Ausdruck, daß die Herren unwillkürlich einen Schritt vor ihm zurückwichen.

„Du verlangst von mir Rechenschaft, Georg!" nahm der Graf nach langem Zaudern endlich das Wort. „Wie aber soll ich mich verteidigen, da ich das einmal Geschehene doch nicht ungeschehen machen kann: Ich habe den heutigen Abend schon seit vielen Jahren vorausgesehen und oft darüber nachgedacht, was ich dir antworten sollte, wenn es einmal zu dieser Auseinandersetzung kommen würde! — Ja Georg, dein Vater und ich wir haben uns einst mit den Waffen in der Hand gegenübergestanden: Daß nicht er, sondern ich von dem Duell heil und gesund nach Hause ging, war eine unabänderliche Schicksalsfügung: Ich konnte dem Zweikampf nicht ausweichen, wenn ich nicht mit Schimpf und Schande aus der Armee gejagt werden wollte: Das ist alles, was ich dir zu sagen habe!"

„Und damit hältst du deine ganze Rechtfertigung für beendet?" kam es drohend durch die zusammengebissenen Zähne des Stiefsohnes. „Wie konntest du es danach wagen, dich meiner Mutter zu nähern? Wie willst du dafür einstehen? Damit hast du mich und meine Ehre für immer vernichtet: Wie von einem Verfehmten hat sich das Mädchen, das ich liebte, von mir abgewandt, seit sie weiß, welch ein Makel auf meinem Namen haftet! Das wird mir anhängen, so lange ich lebe! Ueberall, wohin ich komme, wird mir auch die Verleumdung nachgehen, wird man mit Fingern auf mich weisen: „Das ist der Sohn der Ehebrecherin, die den Mörder ihres Mannes geheiratet hat!" —

„Laß mich ausreden!" fuhr er wie rasend auf, als der Stiefvater Miene machte, ihn zu unterbrechen. „Nicht um mich allein handelt es sich hier, auch um meine Mutter! Das Heiligste, was ich besaß, hast du mir in den Schmutz gezogen: Ehrlos und gemein hast du an mir gehandelt, als du erbarmungslos über mich hinweggingst und mir nach dem allen auch noch mein Letztes nahmst, meine Mutter! Heute aber bin ich nicht mehr das wehrlose Kind von einst; heute bin ich ein Mann und verlange Genugtuung. Dieselbe Genugtuung, die du damals meinem Vater gegeben, fordere ich auch für mich!"

Ein heißes Weinen brach plötzlich wieder in ihm auf.

„Hättest du mich zu jener Zeit doch aus der Welt geschafft und mich nicht fünfundzwanzig Jahre lang betrogen, daß ich das jetzt erfahren muß!"

Ein düsteres Schweigen entstand.

Gesenkten Hauptes lehnte der Graf dem Stiefsohn gegenüber; er wagte es unter der Wucht der Anklagen, die ihm dieser entgegenschleuderte, nicht, ihm ins Gesicht zu blicken.

Minutenlang hörte man in dem weiten Raum nichts weiter als den schweren, keuchenden Atem der aufs äußerste erregten Männer.

Endlich richtete sich der Graf, sich gewaltsam einen Impuls gebend, straff in die Höhe.

„Ich nehme deine Forderung an, Georg", sagte er in ernstem, feierlichem Ton, „wiewohl es Wahnsinn ist, was du verlangst! Vater und Sohn: Denn du bist doch auch mein Sohn durch die jahrzehntelange Sorge und Liebe, mit der ich dich gehütet und geleitet habe!"

Sein ruhiger Blick tauchte tief in die flackernden Augen des jungen Mannes.

Etwas von dem Respekt der Kinderjahre kam in Georgs Seele empor, doch schon im nächsten Moment schüttelte er diese Regung der Zaghaft, die ihm gleichsam eine Versündigung dünkte, an dem vorgesetzten Rachewerke, in einem neuen Anfall atemberaubender Wut von sich ab.

„Ich will dein Sohn nicht sein!" schrie er wie sinnlos auf. „Jedes freundliche Wort, jede gute Tat, die du an mir getan hast, sie brennen mir in der Seele! Ich will dir nichts zu danken haben, ich ersticke an deiner Liebe, ich hasse dich, ich —"

Er riß in seiner grenzenlosen Erregung den Revolver wieder heraus und richtete die Mündung gegen die Brust des Stiefvaters.

Ein blendender Blitz erfüllte in diesem Augenblick den ganzen Saal mit feuriger Helle; hochaufgerichtet, mit totenblassen Gesichtern standen sich die beiden Männer in der fahlgelben Beleuchtung reglos gegenüber.

Dann sank Georgs erhobene Rechte unter einem Schlage der eisernen Faust des Barons von Knauff wie gelähmt herab.

Der Revolver flog klirrend auf das Parkett. Zugleich umspannten ihn die riesigstarken Arme des alten Mannes und drückten ihn wie ein schwaches Kind mit unwiderstehlicher Kraft in einen Sessel.

„Pfui über dich, auf einen Wehrlosen schießen zu wollen!" klang die Bärenstimme des Gutsherrn von Raulehnen, und seine dunklen Augen sprühten in drohendem Zorn unter den buschigen Brauen. „Wenn du meinst, daß du mit deinem Stiefvater ohne Blutvergießen nicht auseinanderkommst, meinetwegen: Aber dann ehrlich und mit gleichen Chancen nach der Form und Sitte unseres Standes: —"

Ein entsetzlicher Donner, als ob die Felsriesen des Nordens aufeinander stürzten, um die Erde aus ihren Angeln zu heben, verschlang seine letzten Worte: der ganze Himmel schien für Augenblicke in Flammen zu stehen.

„Zugleich klang mit schrillendem Gellen ein stürmendes Läuten durch das Pfeifen des Windes und den Wahnsinn des wüsten Getöses. „Es hat eingeschlagen!" sagte der Graf, sich zusammenraffend. „Komm, Onkel Knauff, wir müssen zum Hof hinab: Bei diesem Sturm steht ganz Dombrowo in Gefahr, abzubrennen!"

„Dich, Georg", schloß er, sich dem Stiefsohn zuwendend, „erwarte ich um sechs Uhr auf der Insel: Dort können wir ausmachen, was wir abzumachen haben: Onkel Knauff sol. unser beider Sekundant sein."

Damit stürmte er, von dem Baron gefolgt, aus dem Speisesaal ins Treppenhaus hinaus.

(Forts. folgt.)

Die Dorfstraße.

Von Adolf Wurmbach, Gelsenkirchen.

Es gab eine Zeit, in der die Straßen noch nicht mit dem Lineal gezogen wurden.

Und alte Leute sagen, diese Zeit wäre einmal schön gewesen.

Und unsere alte Linde nickt, so oft sie das sagen hört.

Aus dieser Zeit stammt unsere Dorfstraße.

Die Häuser stehen so wirr und kraus, als wären sie einem Baumeister aus der Tasche gefallen.

Dabei haben ihre Giebel einen Schlag bekommen, daß sie sich alle vornüber neigen.

Aber sie sind eitel und putzen alle Jahre ihr weißes Fachwerkkleid.

In ihren vielen Balkenstrichen habe ich als Schuljunge eine rätselhafte Schrift gesucht.

Hinter den kleinen Gardinen lachen grelle Kinderköpfe.

Auf der Fensterbank blühen rote Geranien und Fuchsien.

Hinter einem dieser Fenster habe ich einmal mein Märchenbuch gelesen.

Es gab eine Zeit, in der auch die schönen Volkslieder hinter diesen Fenstern blühten.

Und alte Leute sagen, diese Zeit wäre einmal schön gewesen.

Wenn das der neugierige Turmhahn hört, dreht er sich geschwind nach der Seite, von der diese Rede kommt.

Am Samstagabend wird die krumme Dorfstraße mit großen Birkenwedeln gefegt.

Als ich noch klein war, habe ich geglaubt, in der Sonntagsfrühe ginge der Herr Jesus durchs Dorf.

Aus dem Gedichtbändchen „Blumen im Brachland", Montanusverlag, Siegen.

aus der Friedensmiete. Gleichfalls hat der Wohlfahrtsminister sich mit einer Heraufsetzung der Mietszuschläge der Stadt Gelsenkirchen auf 55 Prozent einverstanden erklärt, desgleichen der Stadt Herne auf 50 Prozent für Wohnräume und 60 Prozent für gewerblich benutzte Räume.

(bu) Oberhausen, 5. Aug. Beim Besteigen des Zuges unter die Räder geraten ist der Verkäufer Fiedler eines hiesigen Geschäfts für Herrenkleidung. Der Verunglückte versuchte auf dem hiesigen Bahnhof einen fahrenden Zug zu besteigen, kam dabei jedoch zu Fall und und geriet unter die Räder. Der Schwerverletzte, dem beide Beine abgefahren wurden, starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

(bu) Köln, 3. Aug. (Die am meisten verseuchte Stadt Deutschlands.) Nach einer Zeitungsmeldung befinden sich in den hiesigen Krankenhäusern nicht weniger als 6000 Geschlechtskranke. Köln ist zurzeit diejenige Stadt Deutschlands, die am stärksten verseucht ist.

** Köln, 6. Aug. (Zwei Millionen vergraben.) Die beiden Kassenboten Heinz Heidtbüschel und Schmidt von der Allgemeinen Elsässischen Bank, die kürzlich mit 2,8 Millionen Mark geflüchtet sind, haben sich, wie bereits gemeldet, freiwillig der Polizei gestellt. Man fand bei ihnen noch 80 000 Mk. Der Kassenbote Schmidt hat nunmehr eingestanden, die 2 Millionen Mark im benachbarten Dellbrück vergraben zu haben. Das Geld wurde dort an einer einsamen Stelle unter einer Zementdecke vorgefunden.

? Köln, 4. Aug. (Tödlicher Unglücksfall einer Violinistin.) Die 38 Jahre alte verheiratete Violinvirtuosin Maria Sonntag von hier wurde von einem Auto erfaßt und überfahren und war sofort tot. Die Getötete war Mutter mehrerer Kinder.

Koblenz, 3. Aug. Ein Vorkommnis, das einzig dastehen dürfte, ereignete sich in der Schwimmanstalt in der Rheinlache. Kamen da mehrere Frauen mit ihren sechs- bis siebenjährigen Söhnchen, um mit ihnen gemeinsam zu baden. Sie wurden aber von dem am Eingang des Bades postierten Schutzmann mit der Bemerkung zurückgewiesen: „Herren!! ist der Zutritt zum Damenbad untersagt!" Nun ist die Sittlichkeit in Koblenz wieder einmal gerettet.

Trier, 3. Aug. (Gräßlicher Tod.) Auf der Bahnstrecke Conz—Canzen wurde dem Bahnwärter Seer aus Canzen von der Lokomotive eines Schnellzuges der Kopf abgefahren. Die Maschine schleifte den kopflosen Leichnam noch etwa 50 Meter weit mit fort.

** Aachen, 5. Aug. (Der Streikausgang auf Hüttenwerk „Rote Erde".) Der Streik bezw. die Aussperrung auf dem Hüttenwerk „Rote Erde" kann als beendet angesehen werden. Die Direktion gibt nämlich bekannt, daß sie beabsichtige, den Betrieb neu zu eröffnen. Arbeitswillige können sich innerhalb der nächsten drei Tage beim Werk unter Angabe der ehemaligen Tätigkeit und Betriebsabteilung melden. Sie werden vorgemerkt und von ihrer endgültigen Einstellung sowie dem Beginn der Arbeit unverzüglich schriftlich in Kenntnis gesetzt. Aus der Zahl der sich Meldenden sollen nach Maßgabe der Beschäftigungsmöglichkeit und Eignung etwa 90 Prozent der früheren Belegschaftsstärke eingestellt werden. Zu dieser Erklärung der Hüttendirektion geben die Gewerkschaften bekannt, daß die Verhandlungen, die mit der Direktion und mit der Regierung geführt wurden, ergebnislos verlaufen sind. Obwohl die Organisationsvertreter sich mit dem Inhalt der Bekanntmachung der Hüttendirektion an die Arbeiterschaft nicht einverstanden erklärten, so haben doch die Gewerkschaften Entscheidung und Stellungnahme zu der erwähnten Bekanntmachung der Hüttenarbeiterschaft selbst überlassen.

** Aachen, 2. Aug. Ein großer Schieberprozeß beschäftigte in drei Sitzungen die Aachener Strafkammer. Angeklagt waren ein Kaufmann aus Heidelberg, zuletzt Hilfsdezernent bei der Regierung, ein Kaufmann aus Kerkrade in Holland, ein Prokurist einer Aachener Spezialitionsfirma, ein Büroangestellter und drei Bäckermeister. Die Anklage lautete auf unerlaubte Einfuhr von 27 Waggons amerikanischen Weizenmehls. Am Samstag wurde nach anderthalbstündiger Beratung das Urteil verkündet. Der Hilfsdezernent erhielt 4 Monate Gefängnis und 7 815 000 Mark Geldstrafe, der holländische Kaufmann 2 Monate Gefängnis und die gleiche Geldstrafe, der Prokurist 1 Monat Gefängnis und 30 000 Mk. Geldstrafe, der Büroangestellte 2 Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe.

** Herzogenrath, 4. Aug. (Ein Kampf mit Schmugglern.) Sonntag früh stießen 3 Zollbeamte mit einer Schmugglerbande von 30 Mann zusammen. Da die Beamten von den Schmugglern, die mit Messern und Schlagringen bewaffnet waren, stark bedrängt wurden, machten sie von ihrer Schußwaffe Gebrauch. Bei dieser Schießerei wurde ein Schmuggler lebensgefährlich verletzt. Acht Mann der Bande, die alle mit Rädern ausgerüstet waren, konnten festgenommen werden. Die geschmuggelten Waren konnten zum Teil abgefaßt werden. Diese Fälle wiederholten sich in letzter Zeit häufig. Die wenigen Zollbeamten sind fast machtlos. Die starken Schmugglerbanden, die alle aus dem Dürener und Kölner Bezirk stammen, sind hier für die Grenzbevölkerung schon zur Landplage geworden.

Verkehr zwischen Städten und Ministerien.

Wir lesen in den „Düsseldorfer Nachrichten" folgende Darlegungen, die auch für einen weiten Kreis unserer Leserschaft von Interesse sein dürften:

Der Minister für Volkswohlfahrt hat einen Erlaß über die Innehaltung des Dienstweges ergehen lassen, in dem er insbesondere auf den Arbeitsgebieten der Erwerbslosenfürsorge fordert, daß Eingaben der Städte und Gemeindebehörden nicht mehr, wie bisher, an die Reichsministerien oder an die preußischen Ministerien unmittelbar gerichtet werden, sondern daß der Dienstweg innegehalten wird. Ferner beanstandet er, daß Abordnungen von Interessenten sich bei den Staats- oder Reichsministerien persönlich bemühen, ihre Wünsche vorzutragen, was verschiedentlich unter Führung des Bürgermeisters oder Landrats oder eines Referenten geschehen ist. — Der Minister hatte bereits früher einen Erlaß dieser Art ergehen lassen. Da dieser Erlaß nicht genügend beachtet worden ist, werden bei ferneren Zuwiderhandlungen gegen die schuldigen Beamten disziplinarische Maßnahmen in Aussicht gestellt.

Eine westdeutsche Stadtverwaltung hat darauf erwidert: „Am 13. August 1920 hatte der Minister für Volkswohlfahrt Veranlassung genommen, die nachgeordneten Regierungsstellen, die Landräte und Gemeindevorstände im Interesse einer geordneten Verwaltung auf die Einhaltung des vorgeschriebenen Dienstweges nachdrücklich hinzuweisen. Unter besonderem Verweis auf das Gebiet der Arbeitslosenfürsorge hat der Minister für Volkswohlfahrt diese Mahnung auf Einhaltung des Dienstweges nochmals wiederholt und sogar angedroht, „bei ferneren Zuwiderhandlungen gegen die schuldigen Beamten disziplinarische Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Als dem Herrn Minister für Volkswohlfahrt nicht unterstellte Behörde erlauben wir uns, hierzu unmittelbar folgendes zu übermitteln: Wir verstehen den Wunsch des Herrn Ministers, nicht mit Angelegenheiten belästigt zu werden, von denen die nachgeordneten Stellen keine Kenntnis haben. Wir können aber nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die Schuld gerade an dem Erscheinen von Abordnungen bei den Ministerien weniger die Gemeindevorstände als die Berliner Stellen selbst trifft.

Unzweifelhaft ist der Grund in dem System der überspannten Zentralisierung in Berlin zu suchen. Hierzu kommt, daß das persönliche Auftreten von Abordnungen in Berlin in dem Jahre nach der Revolution gerade in den Ministerien großgezogen worden ist. Die in Betracht kommenden Kreise versprachen sich nicht nur, sondern erzielten nämlich auch bei einer persönlichen Vorsprache in den Ministerien besseren und schnelleren Erfolg, als er auf dem jetzt in Erinnerung gerufenen Dienstwege möglich gewesen wäre. Wie die Gemeinden die persönlichen Vorstellungen in Berlin unterbinden sollen, vermögen wir nicht zu erkennen. Disziplinarischen Maßnahmen dieserhalb würden diese zu begegnen wissen.

Weiterhin müssen wir aber als einen das persönliche Verhandeln geradezu herausfordernden Umstand die Art bezeichnen, mit der schriftliche Eingaben erledigt zu werden pflegten. Denn vielfach sind Denkschriften und andere Eingaben nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. Die Schuld an derartigen Vorkommnissen und Verzögerungen schreiben die uneingeweihten Beteiligten natürlich den unteren Stellen, besonders den Gemeindeverwaltungen, zu, in deren Umgehung die Bevölkerung sich schließlich unmittelbar an die Ministerien wendet. Unter dieser Behandlungsweise leiden die Städte sogar bei so wichtigen Angelegenheiten wie den Notstandsarbeiten. Ein ordnungsgemäßes Arbeiten der örtlichen Stellen muß dann zwecklos erscheinen, wenn diese Arbeit noch durch einen reibungslosen und ohne Verzögerung sich vollziehenden Verkehr mit den oberen Stellen gefördert wird."

Bekenntnisse eines Mehrheitssozialisten.

Der „Berl. Lokal-Anz." meldet: Außerordentlich wertvolle Bekenntnisse hat der bisherige sächsische Justizminister Dr. Harnisch, Mehrheitssozialist, beim Rücktritt von seinem Amte am Sonntag in einer Abschiedsrede niedergelegt. Er hielt eine Ansprache an die Beamten des Justizministeriums und nahm zunächst die Beamten, vor allem die Richter, gegen ungerechte Vorwürfe seiner eigenen und der unabhängigen Parteigenossen in Schutz. Er betonte, der deutsche Beamte sei ebenso vorbildlich für die Welt, wie die deutsche Arbeiterklasse. Die Richter seien ausgezeichnet durch die Lauterkeit ihrer Gesinnung. Der Vorwurf des Klassenurteils und reaktionärer Bestrebungen könne höchstens einzelnen gemacht werden. Auch dafür liege der Grund mehr in dem veralteten Recht, als in dem Charakter und guten Willen des Beamtenstandes. Seine Aufgabe sei es gewesen, das gesunkene Rechtsbewußtsein wieder zu heben und das gesamte Recht mit neuem Geiste zu erfüllen, und er glaube, daß ihm dies, wenigstens teilweise, gelungen sei. Unser Volk sei nach dem Kriege weder auf den Sozialismus noch auf die Demokratie vorbereitet gewesen und habe beide in ihrem höchsten Wesen verkannt. Denn die echte Demokratie wäre nicht die der Menge, sondern der wahrhaft Tüchtigsten aus dem gesamten Volke. Die Aristokratie der Besten und Tüchtigsten eines jeden Standes und Berufs sei identisch mit wahrer Demokratie, und auch der Parlamentarismus dürfe nie die Herrschaft leitender Parteimenschen, sondern müsse die weise Leitung einer Aristokratie denkender Staatsmänner sein. Wer auch der Sozialismus sei noch nicht in seiner idealen Vereinigung erkannt worden. Man sollte endlich einsehen, daß es ein verhängnisvoller Fehler war, daß sich das deutsche Volk zur Unzeit aller Machtmittel entäußerte. Wie anders standen wir da, hätten auch wir, wie einst das französische Volk, nun die Demokratie, und die Republik mit Begeisterung gegenüber der gesamten Umwelt so lange verteidigt und beschützt, bis doch ein besserer Friede möglich war. Dann hätte Begeisterung für den alten Staat in neuer republikanischer Form die Parteien zusammengeschmiedet und ein deutsches Volk geschaffen, dem der kleinliche (!, Streit um die Farben Nebensache wäre und die siegende Idee eines wahrhaft demokratischen und von sozialistischer Gesinnung erfüllten Vaterlandes das alleinige Ziel. Nur ein Volk, das von der Idee der Gerechtigkeit begeistert ist und zugleich die Macht hat, diese Idee zu verteidigen, kann im Kreise der Völker bahnbrechend voranschreiten und dann auch für die gesamte Menschheit immer neue Kulturhöhen erreichen.

Für ein ungeteiltes Oberschlesien.

(W) Der Gesamtvorstand der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier hat folgende Entschließung gefaßt: Am Vorabend der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens durch den Obersten Rat erheben die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier noch einmal auf Grund des feierlich verbrieften Selbstbestimmungsrechts die Forderung: Das deutsche Oberschlesien ist eine unzertrennliche wirtschaftliche und kulturelle Volkseinheit. Es ist ein lebendiges Glied des deutschen Volks- und Wirtschaftskörpers. Das oberschlesische Volk hat sich nach dem obersten demokratischen Grundsatz für Deutschland entschieden. Es darf nicht wie eine Handelsware verschachert werden. Jede Teilung, jede Losreißung auch nur eines Stückes von Oberschlesien bedeutet eine ständige Bedrohung des europäischen Friedens. Darum muß Oberschlesien sofort dem deutschen Mutterlande zurückgegeben werden.

Die Landtagsfraktionen der bayerischen Volkspartei, der bayerischen Mittelpartei, der deutschen Volkspartei, der deutsch-demokratischen Partei und des bayerischen Bauernbundes erlassen folgende Kundgebung: Die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens steht unmittelbar bevor. Mit dem deutschen Volke wissen wir uns eins in der Forderung, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleiben muß. Historisches Recht, die politische Vernunft, die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und das Ergebnis der Volksabstimmung erheischen gebieterisch diese Lösung für unser Volk, für unsere oberschlesischen Landsleute, die durch die Abstimmung und ihr tapferes Durchhalten in Not und Tod ihre Treue zur deutschen Heimat bewiesen haben. Erheben wir nochmals unsere Stimme: „Im Namen von Recht und Freiheit fordern wir ein ungeteiltes Oberschlesien von denen, in deren Macht die Entscheidung liegt."

Die belgischen Beuteschiffe verrosten.

Während der belgischen Senatssitzung wurde die Regierung wegen der von Deutschland abgelieferten Schiffe interpelliert, welche im Hafen von Antwerpen liegen und dort verrosten. Es wurde der Regierung vorgeworfen, daß sie die Schiffe, anstatt sie zum allgemeinen Besten zu gebrauchen, einfach verkommen lasse. Der Minister erklärte, die belgischen Reeder hätten diese Schiffe zum zehnten Teil ihrer Werte haben wollen und als sie sahen, daß die Regierung nicht die Absicht hatte, die Schiffe so zu verschleudern, hätten sie einfach die Auktionen boykottiert. Es sei niemand zu den Verkäufen gekommen.

Das Weitrüsten der Großmächte.

Der Finanzsekretär der Admiralität Amery erklärte im Unterhause bei der Anforderung von 11 875 600 Lstrl. zum Bau von vier Schiffen der Hood-Klasse, die britische Hochseeflotte sei so gut wie veraltet. Augenblicklich werde eine Flotte von Schlachtschiffen gebaut von einem Typ, der sich bei der Schlacht von Jütland den anderen Typs unvergleichlich überlegen gezeigt habe. Japan habe acht solcher Schiffe im Bau und plane den Bau von acht weiteren. 1925 werde Amerika zwölf dieser Kriegsschiffe besitzen. Amery erklärte gleichfalls, in der Flottenstärke jeder Macht sei der Mindeststand Großbritanniens maßgebend. In der Debatte sagte Astor, England werde zur Washingtoner Abrüstungskonferenz nicht als Macht dritten Ranges gehen. Bellaire meinte, das japanische Programm sei die Ursache des heutigen Wettrüstens.

28 Millionen Russen von der Missernte betroffen.

Nach Meldungen der Sowjetzeitungen sind von der totalen Mißernte 19 Millionen Menschen mit 13 Millionen Stück Vieh, von einer schlechten Ernte 11 Gouvernements mit einer Bevölkerung von 29 Millionen Menschen betroffen. Im ganzen sind 28 Millionen Menschen in Rußland von einer totalen oder teilweisen Mißernte betroffen. Hiervon gehören 7½ Mill. Menschen der Industriebevölkerung an.

Weitere Nachrichten.

— Wegen Rauchens in einem D-Zuge wurde seinerzeit ein französischer Kapitän von deutscher Polizei verhaftet. General Nollet hat nun eine schroffe Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der eingehende Untersuchung des Falles, die Amtsenthebung der betreffenden Polizeibeamten und Entschuldigung und deren Veröffentlichung in allen großen Zeitungen verlangt wird. Den Blättern zufolge wird die deutsche Regierung, bevor sie zu der Note Stellung nimmt, den tatsächlichen Sachverhalt einwandfrei feststellen.

— (Die deutsche Hilfsaktion für Rußland.) Zu der Nachricht eines Berliner Blattes, wonach Deutschland, Frankreich und Amerika eine gemeinsame Hilfsaktion für Rußland beabsichtigen, erfährt die „Telegraphen-Union" an zuständiger Stelle, daß von deutscher Seite an ein derartiges Projekt nicht gedacht wird und daß die deutsche Regierung nach wie vor entschlossen ist, die Hilfsaktion allein zu unternehmen. Einzelheiten hierüber werden in nächster Zeit bekanntgegeben werden.

— (Der Aktenraub beim Obersten Freyberg.) Den Ermittlungen des Berliner Polizeipräsidiums ist es gelungen, den beim Obersten v. Freyberg am 3. Juli verübten Aktenraub aufzuklären. Das gestohlene Aktenmaterial, das wahrscheinlich ins Ausland geschafft wurde, konnte nicht aufgefunden werden. Es sind 6 Personen als Täter und Anstifter verhaftet, die zum Teil auch geständig sind. Alle Festgenommenen sind Kommunisten und stehen im Dienst der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands. Die Angelegenheit wird jetzt der Staatsanwaltschaft übergeben.

— (Streikberechnung Hamburger Postbeamten.) In Hamburg wurde in einer Versammlung der Postbeamten, in der hauptsächlich Unterbeamte und Angestellte vertreten waren, verlangt, angesichts der verteuerten Lebensmittel eine einmalige Beihilfe von 2000 Mark außer den 500 Mark zu bewilligen, ferner eine Erhöhung der Grundgehälter, Erhöhung der Teuerungszulage um 150 Prozent, Erhöhung der Kinderzulage um 250 Prozent. Sollten diese Forderungen nicht bewilligt werden, so werde man vor einem Streik nicht zurückschrecken.

— Großfeuer in Baden. Ein Brand vernichtete das badische Dorf Zaisenhausen, 14 Gebäude, darunter 7 mit Erntevorräten gefüllte Scheunen sind ein Opfer der Flammen. Der Schaden beträgt 1½ Millionen.

— Blitzeinschläge in München. Während eines über München niedergegangenen schweren Gewitters schlug der Blitz dreimal in München ein und rief Brände hervor. Der größte Brand entstand bei der Holzfirma Heersch in der Landsberger Straße. Die Feuerwehr arbeitete mit einem großen Aufgebot. Große Holzvorräte sind den Flammen zum Opfer gefallen.

— Ein Bergbrand. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, brach am Hohenstaufen überhalb der Stadt Reichenhall ein großer Bergbrand aus, dessen haushohe Flammen bis ins Tal bemerkbar sind. Um 3 Uhr nachmittags hatte das Feuer den Weg bis zum Grat des Berges gefunden, der in einer Ausdehnung von 500 Metern in Flammen gehüllt war. Die Bekämpfung des Brandes war schwierig, gelang aber schließlich. Den auf dem Gipfel des Berges befindlichen Personen war während des Brandes der Rückweg abgeschnitten.

*

Kleine Nachrichten.

Bei dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen im Reichskabinett über die Steuervorlagen ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß der Reichstag die ersten Beratungen der Steuervorlagen, deren Beginn für den 6. September in Aussicht genommen war, etwas verschieben muß.

Im Wiederaufbauministerium haben dieser Tage, wie die „Telunion" erfährt, Verhandlungen stattgefunden über die deutschen Sachlerstungen für die zerstörten Gebiete in Nordfrankreich. In einer Reihe von Fragen wurde eine beiderseitige Einigung erzielt.

Anläßlich der Wiederkehr des Tages, an dem vor zwei Jahren die Reichsverfassung in Kraft getreten ist, wird am 11. August im Berliner Opernhaus auf Veranlassung der Reichsregierung eine Gedenkfeier stattfinden.

Der Ausstand auf den Gütern um Leipzig ist beendet. Die Arbeit wurde fast vollständig wiederaufgenommen.

Die Aussiger tschechischen Legionäre richteten ein mit 14 Tagen befristetes Ultimatum an die Regierung, in dem sie unter anderem die Besetzung aller Behörden mit tschechischen Beamten und die Verschärfung der Zensur über die deutschen Zeitungen verlangen.

Der österreichische Exkaiser Karl wird sich nach einer Meldung der „Clerfer Zeitung" in nächster Zukunft in Luxemburg niederlassen. Er lasse sich in Hollenfeld eine große Villa bauen.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kaiserau, 8. Aug. („Alt-Heidelberg" in Kamen.) Sonntag, den 31. Juli, gelangte im Schützenhof-Saale zu Kamen das altbeliebte und tiefergreifende Schauspiel „Alt-Heidelberg" von Wilhelm Meyer-Förster zur Aufführung. Von auswärts war ich mit einigen Theaterfreunden nach Kamen gekommen, um mir noch einmal dieses Werk — trotzdem ich es im Dortmunder Stadt- und Olympia-Theater gesehen — anzuschauen; konnten aber nach der Vorstellung leider unbefriedigt wieder heimkehren. Denn, werte Direktion der 1. Westf. Operetten- und Lustspielgesellschaft, sollte das ein „Alt-Heidelberg" von Meyer-Förster oder ein eigen verfaßtes „Alt-Heidelberg" sein? Abgesehen von kleinen Stockungen, die bei einem derartigen Unternehmen nicht vorkommen dürften, wurden die Rollen des Kammerdieners Lutz, Karl Heinz, Dr. Jüttner, Detlev (Graf von Asterberg) und der Käthi gut wiedergegeben. Warum aber wurde das Schauspiel so mächtig gekürzt? Erlaubte es vielleicht die Zeit nicht? Der Grund lag ganz wahrscheinlich darin, daß nicht weniger als sieben Hauptspieler fehlten. Auch die Bühnendekorationen ließen viel zu wünschen übrig. Wo waren im 2. Akt das fern entlegene Schloß, der Neckar, der Main? Wo im 3. Akt die Morgensonne, das Klavier, ferner Papiere, Wappen und Mensurbilder? Hält man die Kamener Bürgerschaft einer gerechten Aufführung nicht würdig, oder sieht man sie für nichtverständliche Stümper an? Ganz gewiß nicht, Herr Direktor! Zur Bemängelung des Stückes sei insbesondere folgendes erwähnt: Der 1. Akt begann gleich mit der 4. Szene. Warum? Weil kein Kammerherr von Metzing, kein Kammerherr Baron von Breitenbach, kein Scholermann und kein Glanz im Spiele waren. Warum blieb der Trommelwirbel aus? Im 2. Akt fehlten Schölermann und Kellermann. Kam wohl daher, weil Kellermann und Gastwirt Pfäder eine Person waren. Der 4. Akt begann gleich mit der 3. Szene. Von dem Staatsminister wurde der Besuch des Kellermann dem Fürsten Karl Heinrich von Sachsen-Karlsburg gemeldet. Schöne Zustände in einem Fürstenhause: Nicht ein Lakai war vorhanden! Im 5. Akt fehlten Herr und Frau Pfäder und Frau Dörffel. Das Spiel der Studenten ließ viel zu wünschen übrig. Nicht einmal für die erforderlichen Fracks war Sorge getragen. Obwohl das Lied „O alte Burschenherrlichkeit!" drei Verse enthält, mußte Kamen mit einem zufrieden sein. Zwischen dem 4. und 5. Akt liegt ein Zeitraum von 2 Jahren. Es mußten dem Fürsten fremde Studenten entgegentreten. Aber nichts von alledem. Der verstorbene Dr. Jüttner war wieder auferstanden und vertrat zu gleicher Zeit zwei Hauptrollen. Bei einer derartig ernsten und seelischen Handlung, wie es des Fürsten Besuch in Heidelberg war, noch zu lachen, blieb uns unerklärlich. Scheidungs-Szene zwischen Karl Heinz und Käthi gut. Wäre noch besser zur Geltung gekommen, wenn leise Klavierbegleitung eingesetzt hätte. Wir werden in Zukunft nicht versäumen, Ihren Darbietungen beizuwohnen. Dann aber bitte, werte Direktion, ganze Arbeit!

G. S.

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.

K. bedeutet Krammarkt. V. = Viehmarkt.
KV. = Kram- und Viehmarkt. Pf. = Pferdemarkt.
Schw. = Schweinemarkt. T. = Tag.

Dienstag, 9. Aug.: Borghorst Schw., Vaer V., Wiedenbrück Rindv. Schw. Schafe, Ibbenbüren V., Nienborg K. V., Bielefeld Rindv. Pf. Schw., Lübbecke Rindv. Pf. Schw., Werne V., Rhynghausen V. (vorwieg. Schw.) Rünfahl K.
Mittwoch, 10. Aug.: Bocholt V., Gladbeck V., Gronau V., Mettingen K. V., Küstelberg K. Pf., Dortmund Zucht Faselv., Krange (Gem. Wanne) K. V. (vorwieg. Pf.).
Donnerstag, 11. Aug.: Bottrop V., Burgsteinfurt V. Pf. Geir., Schönecken K. Rindv., Haltern V., Wotho Rindv. Schw., Lippstadt K. V.
Freitag, 12. Aug.: Eikel Schw., Jöllenbeck K. Rindv. Pf. Schw.

Wetterbericht

9. Aug.: Sonne, Wolkenzug, angenehm.
10. Aug.: Wenig verändert.
11. Aug.: Vielfach heiter, strichweise Gewitter.
12. Aug.: Schön, warm.
13. Aug.: Wolken, warm, teils Sonne.

Die furchtbare Milchnot macht sich allenthalben bemerkbar. Jede Mutter entgeht allen damit verbundenen Gefahren für ihren Liebling, wenn sie unbedenklich zu Nestle's Kindermehl greift, das alle Vorzüge vollrahmiger Alpenmilch, unter Ausschluß der Nachteile frischer Milch, in sich vereinigt und, einfach mit Wasser angerührt und aufgekocht, ein ebenso bequemes wie stets sich bewährendes Nahrungsmittel bietet. 2291

Der Kronprinz als Mensch.

Von Oberstleutnant a. D. v. Morsbach.

Freiherr v. Eckardstein betont in einem Abschnitt des dritten Bandes seiner „Lebenserinnerungen und Denkwürdigkeiten" die große politische Begabung des Kronprinzen und hebt seine klare und zutreffende Beurteilung der außenpolitischen Lage Deutschlands im Frühjahr 1914 im Gegensatz zur verschwommenen und irrigen Auffassung in der Wilhelmstraße hervor.

Eckardstein berührt hierbei jedoch die Persönlichkeit des Kronprinzen nur mit wenigen Worten, und deshalb möchte ich aus eigenem Erleben einiges über den Kronprinzen als Menschen hinzufügen.

Etwa mit Beginn der Angriffsvorbereitungen auf Verdun im Dezember 1915 kam ich als erster Generalstabsoffizier zum Gen.-K. des 5. Res.-Korps, dessen Truppenverbände auf dem rechten Maasufer bis südlich über Etain hinaus die Festung in weitem Bogen umschlossen hielten. Das Gen.-K., das in dem kümmerlichen Nest Ecurey schlecht und recht hauste, war mit den Vorarbeiten für den Angriff beauftragt. Es war daher natürlich, daß der Kronprinz als Oberbefehlshaber des öfteren beim Kommandierenden General vorsprach, um sich über die Fortschritte der Arbeiten vortragen zu lassen. Die Besuche wickelten sich stets sehr einfach ab, ohne jede große Aufmachung, wie ich sie z. T. mit weniger Berechtigung bei anderen Armeen erlebt habe. Nur eine kurze telephonische Mitteilung, daß der Kronprinz dann und dann käme, ging voraus, und pünktlich zur angesetzten Zeit, nur mit einem Begleiter, meist das Auto selbst führend, traf er ein. Rasch sprang er aus dem Wagen und begrüßte auf das herzlichste den Kommandierenden General, durch seine ganze frische, natürliche Art jeden Ansatz von Förmlichkeiten oder von „Zeremoniell" sofort im Keime erstickend. Mit dem kommandierenden General v. „G., einer ganz ungewöhnlich klugen und vielseitig gebildeten Persönlichkeit, verband den Kronprinzen ein besonderes Vertrauensverhältnis, aufgebaut auf gegenseitiger menschlicher Würdigung und Wertschätzung.

Bei einem dieser Besuche wurde auch ich dem Kronprinzen vorgestellt. Ein Blick in die offenen, klugen hellblauen Augen und der kräftige männliche Händedruck ließen sofort vergessen, daß der Kronprinz und Oberbefehlshaber vor einem stand. Alle Befangenheit fiel ab, man mußte sprechen, wie es einem ums Herz war. So ist es mir bei jedem Zusammentreffen ergangen, und nicht mir allein, sondern allen Natürlichdenkenden. Dieses „Nur Mensch sein wollen" des Kronprinzen zwang jeden zu ihm hin und blieb zurück als fest haftender, alles beherrschender Eindruck.

Nach fast zweijähriger Pause sah ich den Kronprinzen wieder im Juni 1918, als ich Chef des Generalstabes des 8. A.-K. war. Es war am Tage des Beginns der Offensive, die aus Gegend Noyon gegen die Maß-Linie, Richtung Compiegne, geführt wurde, und nach vielversprechenden Anfangserfolgen infolge der Abwehrbereitschaft der Franzosen nach wenigen Tagen ins Stocken kam. Das G.-K. hatte sich einen höchst einfachen Gefechtsstand auf einer Höhe bei Lagny eingerichtet. Ein telephonischer Anruf, der Kronprinz sei unterwegs zu uns, und bald darauf war er da, begleitet von seinem getreuen Adjutanten, Major v. Mülbner. Er kam in meinen Unterstand, begrüßte mich als alten Bekannten, saß bald darauf auf meinem Feldbett und ließ sich berichten. Und nun erzählte ich über den bisherigen Verlauf des Angriffs und die schönen Erfolge, nicht wie es sonst dem Oberbefehlshaber gegenüber Sitte ist, in knapper, dienstlicher Form, sondern als Mensch zum Menschen. Diese glückliche Art des Kronprinzen, den Menschen in einem zum Sprechen zu bringen, den Soldaten zurücktreten zu lassen, die Zunge zu lösen, hat ihm unzweifelhaft den großen Vorteil gebracht, daß er viel mehr hörte und erfuhr über Stimmungen, persönliche Auffassungen und Urteile seiner Untergebenen, als die meisten anderen Vorgesetzten in entsprechender Stellung. Daß dies tatsächlich der Fall war, daß der Kronprinz diese großen Gabe ausgezeichnet über den Geist in der Truppe, über Wünsche, Hoffnungen und Sorgen seiner Untergebenen unterrichtet war, ist immer wieder auffällig hervorgetreten und hat sich besonders auch in den letzten unglücklichen Monaten bei entscheidenden Besprechungen gezeigt.

Das letzte Mal sah ich den Kronprinzen in Charleville. Etwa Anfang Oktober 1918 war es, als mein kommandierender General und ich zur Abendtafel befohlen waren. Ich saß links vom Kronprinzen. Er eröffnete das Gespräch mit einem entrüsteten Hinweis auf einen Artikel in der „Frankfurter Zeitung", der den Rücktritt des Kaisers forderte. In den Erörterungen, die sich hier anknüpften, trat wiederum als hervorstechendes Merkmal für den Kronprinzen hervor, daß seine Empörung über diesen Angriff nicht herauswuchs aus dynastischen Interessen, sondern dem rein menschlichen Empfinden entsprang, wie wohl den Kaiser, seinen von ihm hochverehrten Vater, ein solches Fordern ins Herz treffen müsse, nachdem er sein ganzes Leben lang mit heißestem Bemühen nur das Beste für sein Land gewollt und angestrebt habe. — Wenn ich jetzt dem Kronprinzen in seiner Einsamkeit einige Male im Jahre in dankbarer aufrichtiger Verehrung einige Zeilen sende, so gelten sie dem Menschen mit seinem warmen, verstehenden deutschen Herzen.

Aus dem dritten Bande.

August Eigenbrodt, der bekannte Politiker und Historiker, der früher eingehend über den dritten Band der Bismarckschen Gedanken und Erinnerungen aus eindringlicher Kenntnis der Dinge zu handeln wußte, beschäftigt sich in einem Leitaufsatz der „Deutschen Zeitung" vom Donnerstagabend erneut mit dem uns noch immer vorenthaltenen Vermächtnis des ersten Kanzlers.

„Fürst Bismarck", heißt es u. a.; „trägt schlicht und einfach vor; Kaiser Wilhelm II. steht nur in den mitgeteilten Tatsachen ungünstig da, nicht in der sehr gelassenen, man kann fast sagen in bezug auf die allerhöchste Person höfischen Ausdrucksweise des Fürsten. Auch sonst treten in dem Buche starke Ausdrücke nur ausnahmsweise hervor. So, wenn Fürst Bismarck von der „Roheit" Caprivis, von „Strebern und Schmeichlern", den „Zivil- und Militärschustern", der „Volksbotenkriecherei vor den Massen", von dem „Narrenjahre 1890" spricht. Im allgemeinen faßt Fürst Bismarck Menschen und ihr Streben mit der Zange an: „odi profanum vulgus et arceo": Fürstlichkeiten sind bei aller ihnen gespendeten höfischen Reverenz dabei unter der profanen Menge eingeschlossen. Um so wirksamer hebt sich die staatsmännische Majestät des einsam Ragenden ab von den vielen, die da zahlen und nicht sind."

Allseitig ließ man den Staatsgedanken im Stich. So ist der Sinn des Bismarckschen Buches, den Gedanken „salus publica suprema lex esto", den früher gerade die Hohenzollernfürsten hochgehalten hatten oder hochzuhalten zum mindesten gewillt waren, auch da, wo sie in der Sache fehlgriffen. Jetzt aber ging es um den Personalwillen eines Monarchen, dem der Ruhm, die Volkstümlichkeit, dem der Augenblick das gewählte Ziel war, der sich in Aeußerlichkeiten die Art und Weise Friedrichs I. gab, jedoch an Begabung, Kenntnis, Arbeitsamkeit mit dem großen Vorgänger nichts gemeinsam hatte. Wilhelm II. verhandelte mit den Ministern nicht „sachlich", sondern „herrisch", wird mehrmals gesagt; er trat den Fachministern in Ueberlegenheit entgegen, hatte sich aber sein eigenes Sachwissen in den einzelnen Fällen entweder von Privaten oder von den Untergebenen der Minister verschafft.

Seit der letzten Januarwoche 1890, als Kaiser Wilhelm II. von sachunkundigen und nichtverantwortlichen Personen bestimmt, ohne Befragen der Amtszuständigkeiten mit der sozialistischen Gefahr zu spielen anfing, als er seinen Willen den zum Raterteilen und mit Verantwortung behafteten Ministern von oben her aufdrängen wollte, begann die Lage dem Fürsten Bismarck unheimlich zu werden. Er fürchtete immermehr für Staatswohl und Monarchie. Beängstigend war dabei auch der Kleinmut, in dem vor dem Kronträger alles erstarb. Indes der Reichskanzler streckte die Waffen nicht. Zunächst ging sein Bemühen dahin, das preußische Staatsministerium zu sachlichem Widerstand gegen staatsverderbliches Beginnen zu veranlassen, aber nur streckenweise und bei einzelnen Personen fand Fürst Bismarck Beistand. Besonders eindringlich hielt er am 28. Januar 1890 den Ministern ihre Pflicht vor; als ihm die Minister von Boetticher und Bechy wiederholt entgegneten, man dürfe dem Kaiser nicht „mißfallen", man müsse ihm „etwas zu Willen tun", erklärte Fürst Bismarck rundweg, ein ähnliches Verhalten sei „Landesverrat"; wenn Minister ihre verfassungsmäßige Pflicht dergestalt ansähen, könnten ebensowohl „Subalterne" auf den Ministersesseln sitzen.

Bismarck wollte zum Schutz gerade der Monarchie gegen die Irrungen des augenblicklichen Thronhabers und seiner byzantinischen Anhänger angehen; er sah Unheil voraus, aber Fürst Bismarck fand nicht ausreichende Unterstützung. In schlaflosen Nächten — so wird mehrfach erzählt — überlegte Fürst Bismarck, ob er abgehen solle, aber „Mitgefühl", „Pflichtgefühl", „Ehegefühl", „Liebe zum Vaterland" sagten ihm jedesmal wieder, daß er in der heutigen Lage nicht vom Platze weichen dürfe. Diese Gegenüberstellung von „Pflicht" und „Versuchung" zieht sich durch die ganze Darstellung.

Nach den ungünstigen Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 trafen Fürst Bismarck und Kaiser Wilhelm II. nochmals ein „Abkommen auf Verbleiben des Fürsten in seinen Aemtern bis Mai oder Juni 1890. Es sollte abgewartet werden, ob sich die Notwendigkeit herausstellte, den stark links gerichteten Reichstag wegen etwaiger Ablehnung einer damals geplanten Militärvorlage oder eines Sozialistengesetzes aufzulösen und ob es in der Folge dadurch vielleicht zu gefährlichen Lagen kommen würde. Der Kaiser erklärte sich am 25. Februar 1890 bereit, zu „kämpfen", das ist in dem als staatsnotwendig Erkannten nicht vor der widersprechenden Reichstagsmehrheit zu weichen.

Allein Kaiser Wilhelm hielt das Abkommen vom 25. Februar nicht; ja er verzichtete auf den vollen Umfang der gerade von ihm — nicht etwa von dem Fürsten — dringend gewünschten Militärvorlage, nur um keinen Widerstreit mit der Reichstagsmehrheit zu bekommen. Nach mehrfach geäußerter Vermutung des Fürsten Bismarck habe es Kaiser Wilhelm II. mit dem „Abkommen" vom 25. Februar 1890 überhaupt nicht ernst gemeint. Wilhelm II. betrachtete — und zwar schon seit seiner Prinzenzeit trotz damals und auch noch als Kaiser zur Schau getragener Devotion — den Fürsten Bismarck als ein Hindernis für seinen Herrscherruf. In der Zeit zwischen dem 8. und 14. März 1890 entschloß sich Kaiser Wilhelm II. — durch badische Einflüsse vollends für dasjenige gewonnen, was seinen eigenen Wünschen am meisten zusagte —, von dem Fürsten Bismarck sobald wie möglich zu trennen, und der Enkel Wilhelms I. wählte, um dieses Ziel zu erreichen, seit 14. März 1890 den Weg, dem Fürsten Bismarck durch üble, ja „beleidigende" Behandlung das Amtsausscheiden abzunötigen. Also stellt Fürst Bismarck den Hergang dar. Die traurigen Vorgänge seit dem 14. März 1900 werden in dem Abschnitt „Meine Entlassung" in den Einzelheiten erzählt.

Tod durch Gasvergiftung.

Der Handwerker ist Erfüllungsgehilfe des Hauswirts (§ 278 BGB.)

Das Reichsgericht hat unlängst in einer Rechtsfrage entschieden, die die Interessensphäre weitester Volkskreise berührt. Und zwar handelt es sich darum, daß der Handwerker, der vom Hauswirt zu einer Reparatur im Hause bestimmt wird, Erfüllungsgehilfe des Hauswirts ist, und zwar nicht nur dem einen Mieter gegenüber, in dessen Wohnung eine bauliche Aenderung vorgenommen wird, sondern allen Mietern gegenüber. Das bedeutet, daß bei einer Schädigung eines Mieters durch den Handwerker der Hauswirt gemäß § 278 BGB. für das Verschulden des Handwerkers wie für eigenes Verschulden haftet. In dem zur Entscheidung gekommenen Falle handelt es sich um folgendes:

Im Oktober 1918 beauftragten die Beklagten den Klempnermeister G. mit der Auswechslung der Gasleitung durch eine elektrische Anlage in einer unbewohnten Wohnung des zweiten Stockwerks ihres Hauses in der Brunnenstraße in Berlin. Bei diesen am 21. Oktober 1918 vorgenommenen Arbeiten wurde das Gasrohr nach Abnahme des Brenners nicht verstöpselt, sondern der in der Nebenwohnung befindliche Haupthahn am Gasmesser geschlossen. Am andern Tage stellte der Inhaber dieser Wohnung den Gasmesser wieder an. Das Gas strömte aus und drang durch die Decke in die im dritten Stockwerke gelegenen Wohnräume. Dort wurden am Morgen des 23. Oktober die Klägerin in bewußtlosem Zustande und ihr Ehemann tot in ihrem Schlafzimmer aufgefunden. Die Klägerin fordert nunmehr von den Besitzern des Grundstücks Ersatz des ihr durch die eigene Erkrankung und durch den Tod ihres Ehemannes entstandenen Schadens.

Landgericht und Kammergericht zu Berlin haben die Klage abgewiesen, weil weder die Beklagten selbst ein Verschulden treffe, noch die Haftung der Beklagten für die Fahrlässigkeit eines Erfüllungsgehilfen (§ 278 BGB.) gegeben sei. Das Reichsgericht ist anderer Meinung. Es erachtet den Handwerker als Erfüllungsgehilfen des Hauswirts gemäß § 278 BGB., sodaß der Hauswirt für das Verschulden des von ihm mit der Reparatur beauftragten Handwerkers wie für eigenes Verschulden haftet. Aus den Entscheidungsgründen dieses Urteils ist folgendes von besonderem Interesse: Das Berufungsgericht erkennt selbst an, daß der Vermieter eine vertragliche Pflicht allen Mietern gegenüber hat, sie nicht durch Arbeiten am Grundstück zu schädigen. Diese Pflicht beschränkt sich, aber nicht darauf, daß schädigende Arbeiten am Grundstück zu unterlassen sind, sondern sie fordert eine positive Fürsorgetätigkeit für die Erhaltung der Mietsache, in dem zum vertragsmäßigen Gebrauche geeigneten Zustand. Läßt der Vermieter Arbeiten am Hause vornehmen, so ist er aus dem Mietvertrag verpflichtet, diese Arbeiten so zu bewirken, daß die Gefahr von schädigenden Einwirkungen der Mieträume vermieden wird. Gleichviel in welchen Räumen des Hauses und aus welchem Anlaß diese Arbeiten vorgenommen werden. Ueberträgt er die Arbeiten einem anderen, so bedient er sich dieses anderen zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit gegenüber allen diesen Mietern; er hat also nach § 278 BGB. dessen Verschulden wie sein eigenes zu vertreten. Wenn z. B. im Erdgeschosse ein Pfeiler ausgebrochen wird, um für Schaufenster Raum zu schaffen, so besteht zwar eine vertragliche Verpflichtung des Vermieters zur Vornahme dieser Arbeiten an sich gegenüber anderen Mietern als dem des Erdgeschosses nicht, aber er hat allen Mietern des Hauses gegenüber die Vertragspflicht, diesen Umbau so vorzunehmen, daß die ihnen vermieteten Räume dadurch nicht beschädigt werden. Insoweit sind daher die Bauhandwerker, denen der Vermieter den Umbau überträgt, seine Erfüllungsgehilfen im Sinne des § 278 BGB. nicht nur gegenüber dem Mieter, in dessen Wohnung eine Aenderung vorgenommen wird, sondern gegenüber allen Mietern, deren Räume durch den Umbau gefährdet werden können. Die Personen, denen die Beklagten die Beseitigung der Gasleitung übertragen hatten, waren daher ihre Erfüllungsgehilfen auch gegenüber der Klägerin. — Das Urteil war deshalb aufzuheben und die Sache zur Prüfung über das etwaige Verschulden des Handwerkers an das Kammergericht zurückzuverweisen. (Aktenzeichen: III. 470/20. —

*

— (Freispruch im Frankfurter Kommunistenprozeß.) In vorgerückter Stunde wurde gestern das Urteil in dem Kommunistenprozeß, der viel Aufsehen erregt hat, verkündet. Es lautet gegen sämtliche Angeklagte auf Freisprechung. Das Urteil wurde mit großer Bewegung aufgenommen. — In der Begründung des Urteils heißt es: Daß eine weit verbreitete Organisation der Kommunisten besteht, unterliegt keinem Zweifel, und daß eine große Zahl von Parteimitgliedern sich jederzeit zum militärischen Kampfe bereit fand und bereit findet, steht für das Gericht gleichfalls fest. Etwas ganz anderes aber ist die Feststellung, inwieweit sich die Angeklagten an einer solchen Organisation beteiligt haben. Diese Feststellung hat sich nicht treffen lassen.



Heute mittag 1 Uhr entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe, gute Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Auguste Brings

geb. Grevel

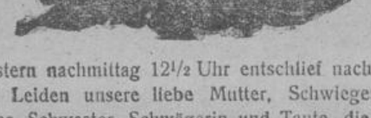
im Alter von 40 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Benno Brings
Karl Brings
Mimi Brings
Benno Brings.

Dortmund, Kamen, Bergkamen, den 6. August 1921.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. August, nachmittags 2 Uhr, vom Bahnhof Kamen aus nach dem Kamener Friedhof statt. 3453



Gestern nachmittag 12½ Uhr entschlief nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ww. Sophie Schröder

geb. Lübbert

im Alter von 71 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, Heeren und Werve, 6. August 1921.

Die Beerdigung findet am Dienstag, 9. August, nachmittags 3 Uhr vom Krankenhause aus statt. — Sollte jemand aus Versehen keine Nachricht erhalten haben, so diene diese als solche. 3455

Barmer Bank-Verein

Hinsberg, Fischer & Comp., Unna, Bahnhofstr. 45.

Kapital und Reserven **Mk. 260000000**

Annahme v. Spargeldern zur Verzinsung
(4% bei 6 monat. Kündigung).

Gewährung v. Personal- u. Realkrediten

An- u. Verkauf von Wertpapieren, Wechseln auf Ausland u. fremden Geldsorten

Eröffnung von provisionsfreien Scheckkonten.
1946

Vermietung von Stahlschrankfächern.

Amt Pelkum.

Hoffende Frauen und stillende Mütter, die im Besitze eines Ausweises sind, erhalten in den Verkaufsstellen für Mutterberatung auf die Zuckerzusatzmarken für August und September je 1 Pfund Zucker.

Pelkum, den 5. August 1921.

Lebensmittelamt.

Welcher edeldenkende Landwirt nimmt

2 brave Knaben

(13 und 14 Jahre) Kinder einer Kriegerwitwe für einige Wochen, bei leichter Beschäftigung, unentgeltlich auf.

Meldungen an die Kam. Zeitung erbeten.

Mädchen

das nähen, bügeln u. etwas Hausarbeit übernimmt und zeitweise mit bedienen muß, sofort oder zum 15. August gesucht. h3444

Herm. Riesmann,
Hamm,
Gasthof Salamander,
Rittersir.7

Aeltere Person

zur Führung des Haushaltes nach Bochum gesucht.
Zu erfragen bei
Friedr. Kümper
3451 Bahnhofstr. 18.

Braves, zuverlässiges

Mädchen

für sofort gesucht.
Näheres in der Geschäftsst. der Kam. Zeit.

Bautechniker sucht für sofort 3427

möbl. Zimmer

Angebote unter **3427** an die Geschäftsstelle.



Wie es möglich ist, eine Rückgratverkrümmung ohne Berufsstörung zu bessern und eventuel zu heilen, zeigt unser Buch mit 50 Abbildung. Zu beziehen gegen Einsend. v. 5 Mk. od. geg. Nachn. von **Franz Menzel, Dresden-Blasewitz 554**

Warum ist?

„Terrahé's Heilseife" als Kinder-Seife allgemein bekannt und beliebt? Weil dieselbe vorzüglich desinfiziert, das Wundwerden verhindert u. einen üppigen Haarwuchs hervorruft. Stück Mk. 6. Zu haben in den Apotheken u. Drogerien
Verkaufsstelle:
Drog. Klinkmann.

Drainröhren

in allen Weiten liefert waggonweise 3344
Heinrich Dalhoff, Hiltrup i. W., Tel. 22.

Zu verkaufen:
8 gebrauchte eichene Fensterflügel mit Glas, 1 gebrauchte Zimmertür und 1 gebrauchten Tisch.
3449 **Nordstr. 9.**

Zwei gute

Geigen

mit Zubehör und Schulen billig zu verkaufen. 3442
Kapellmeister der Kamener Lichtspiele
Weststr. 20, 2. Etg.

Ein neuer schwarzer

Anzug

preiswert zu verkaufen.
Lühnenerstr. 39.

Habe einen guten

Hofhund

zu verkaufen, h3448
Paschheide Nr. 95.

Ein wachsamer

Hofhund

(Dobermann)
zu verkaufen. 3420
G. Wiese, Westick,
Mühlenstraße 14.

Eine gute

Milchziege

wegen Futtermangel zu verkaufen. 3452
Bergkamen,
Hausemannstraße 7.

Gasthaus, Hotel od. Geschäftshaus

von zahlungsfähig. Käufer sof. zu kaufen gesucht. Ausführl. Angebote an Thielsen, Hamburg, Lübeckerstr. 110. 3446

Autogarage

oder Hof zur Abstellung eines Lastkraftwagens sofort zu mieten gesucht.
Offerten unter Nr. **3447** an die Kamener Zeitung erbeten.

Nehme die Unwahrheit, die ich gegen August Erdmann ausgesagt habe hiermit zurück
3454 Frau Daemgen.

Siegellack

in guter Qualität
:: empfiehlt ::
Buchdruckerei der
Kamener Zeitung